



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/260 - 10.11.1952

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 37654-59  
Fernschreiber 039 890

Schwerer Schlag für Bonn	S. 1
Italien und Eisenhower	S. 3
Bayerische Entwicklungen	S. 5
Zur Tode Chaim Weizmanns	S. 6

## Ein großer, vielversprechender Erfolg

(sp) Das hervorstechendste Merkmal der Gemeindewahlen am Sonntag ist die Tatsache, daß im größten Land der Bundesrepublik, in Nordrhein-Westfalen, zum ersten Mal die SPD die stärkste Partei geworden ist - ein großer, viel versprechender Erfolg. Für die CDU und alle Kreise, die diese Partei sehr aktiv und meist äußerst unfair gegenüber der SPD unterstützt haben, ist dieses Ergebnis ohne Zweifel ein schwerer Schlag. Das gilt in annähernd gleicher Weise für Rheinland-Pfalz, wo insbesondere die CDU auch in ihren Hochburgen, den Regierungsbezirken Koblenz und Trier, schwere Verluste erlitt. Ein besonders krasses Beispiel ist die Stadt Koblenz, wo die SPD 5,11% gewann, die CDU 20,3% verlor. Aufschlußreich ist das für die SPD sehr günstige Ergebnis in fast allen großen Städten Nordrhein-Westfalens, wo diese Partei Gewinne zwischen 5 und 8% erringen konnte. Aachen mit fast 8% marschiert hier an der Spitze. Die CDU verlor in dieser Stadt - alles im Vergleich zu den vorangegangenen Kommunalwahlen - 10%. Der BHE hat bei seinem ersten Start in Nordrhein-Westfalen 3,3% Stimmen auf sich vereinigen können.

In Niedersachsen, wo die SPD allein von allen Parteien selbständig auftrat, hat sie sich erfolgreich gegen schwerste Angriffe von allen Seiten behauptet. Der kaum erwähnenswerte Verlust von etwas über einem Prozent gegenüber der letzten Landtagswahl mag zum größeren Teil von der Wählergemeinschaft, zum

geringeren vielleicht auch vom BHE in Anspruch genommen werden. Daß der BHE in Niedersachsen einigermaßen erfolgreich war - er hat seinen Stimmenanteil von 14,9% auf 17% erhöhen können - liegt daran, daß sicher von der in äußerste Verwirrung gestürzten radikalen Rechten mancher zu ihm gestoßen sein mag, wie etwa in Gifhorn der letzte Stabschef der SA, Schepmann. Die Situation der Parteien der Bonner Regierungskoalition läßt sich in Niedersachsen wegen der undurchsichtigen Listenverbindungen dieser Parteien untereinander und mit anderen Gruppen schwer analysieren. Bezeichnend ist, daß die CDU nur zu einem sehr geringen Teil selbständig operiert hat und daß sie nur rund 5% der Stimmen erhielt, wo sie so verfuhr - ein katastrophaler Rückgang seit dem Beginn dieser Partei in Niedersachsen. Interessant ist auch die Rechnung, daß SPD, BHE und Zentrum, die Parteien der gegenwärtigen Koalition in Niedersachsen, zusammen insgesamt 1344 Sitze erhalten haben gegen 1214 Sitzen der Parteien der Bonner Regierungskoalition plus den 600 Mandaten der gemeinsamen Wahlbezirksvorschläge, die sehr gut abgeschnitten haben und 1/4 Million Stimmen mehr erhielten als der BHE.

In Rheinland-Pfalz hat diesmal, nach dem prozentualen Stimmenanteil, die FDP fast genau den Stimmenverlust der CDU übernommen. Die FDP gewann auf Kosten ihres Koalitionspartners 5,7%. Gemessen an der Landtagswahl 1950 ist kaum eine Veränderung bei den großen Parteien eingetreten. Der SPD-Verlust gegenüber 1948 von 0,7% ist unerheblich. Bei seiner Bewertung muß man auch berücksichtigen, daß in Rheinland-Pfalz auch Sozialdemokraten in Wählergemeinschaften vertreten waren und man erst später wird feststellen können, wie weit jener minimale Rückgang sich sogar zu einem kleinen Stimmengewinn wandeln kann.

Der Vorgang, der am konsequentesten in allen drei Ländern sichtbar geworden ist, ist der ununterbrochene Rückgang der CDU-Stimmen, und zwar in der Form eines ständigen Abgleitens seit 1948 in allen drei Ländern. Der Bonner Regierungspartner der CDU, die FDP, hat einiges von dieser Erbschaft übernommen, aber nicht entfernt soviel, um einen Ausgleich innerhalb der Koalition zu erreichen, obwohl

die FDP, besonders in letzter Zeit, sich nicht gescheut hat, mit jedem Mittel auch um politisch heimatlos gewordene Anhänger der SRP und andere rechtsextremistische Gruppen und Einzelgänger zu werben.

Fast die Hälfte der Wahlberechtigten in der Bundesrepublik war am Sonntag zum letzten großen Wahlkampf vor der kommenden Bundestagswahl aufgerufen. Das Ergebnis ist für die SPD ein großer Erfolg und ein gutes Zeichen. Kommunalwahlen brauchen nicht unbedingt für Wahlen auf höherer Ebene symptomatisch zu sein. Diesmal aber hat bei der Stimmabgabe das Bewußtsein und das Gefühl sehr stark mitgesprochen, es handle sich um mehr als eine gemeindliche Entscheidung. Der geradezu überwältigende Sieg bei der Nachwahl für Kurt Schumacher beweist, daß auf der Ebene der Bundeswahl die Voraussetzungen für die SPD noch wesentlich besser sind. Das bürgerliche Lager aber ist ganz offenbar in einem tiefgreifenden Umbildungsprozeß begriffen, der noch lange nicht abgeschlossen ist. Für die deutsche Demokratie wird es sich aber als Segen erweisen, daß es in ihr wenigstens eine feste, in sich geschlossene, zuverlässige Kraft gibt, die SPD.

+ + +

Italienische Sorgen nach Eisenhowers Sieg

Von unserem römischen v. sch. - Korrespondenten

In keinem Lande West-Europas hat der Sieg Eisenhowers unter den aufrichtigen Demokraten solche unmittelbaren, aktuellen Sorgen ausgelöst, wie in Italien. Denn hier steht man an der Schwelle eines überaus gefährlichen Wahlkampfes, bei dem die internationale Politik eine ausschlaggebende Rolle spielen dürfte.

Die Genugtuung, die die Kommentare der regierungsfreundlichen Presse über den Sieg Eisenhowers sich beeilt haben, zum Ausdruck zu bringen, ist nicht aufrichtig. Es gehört eben zum internationalen "guten Ton", bei solchen Gelegenheiten die Enttäuschung und die Sorge zu verbergen, die man in Wirklichkeit empfindet. Der sozialdemokratische Führer Saragat ist in verschiedenen Blättern wegen seiner "Unvorsichtigkeit" und "Taktlosigkeit" gerügt worden, weil er als einziger unter den interviewten politischen Führern offen ausgesprochen hat, was er denkt und was viele andere empfinden. Er hat die Niederlage Stevensons als einen "schweren Schlag für die internationale Solidarität" bezeichnet und auf die Schadenfreude, die sowohl die extreme Reaktion wie auch vor allem die Kommunisten erkennen lassen, hingewiesen.

Dabei gab es wohl kaum ein Land in Europa, wo die Kandidatur Eisenhowers ursprünglich so populär war wie gerade in Italien. Man erblickte in ihm den Mann, der Europas Lage - im Gegensatz zu Truman - aus eigener Anschauung kenne. Bei seinen zwei oder drei Besuchen hier hatte er einen ausgezeichneten Eindruck hinterlassen. Er hatte in Nordost-Italien zweimal Gruppenmanövern beigewohnt und sich überaus lobend über die neue italienische Armee geäußert.

Erst in den letzten Wochen war aber die Stimmung völlig umgeschlagen. Eisenhowers Äußerungen über die Notwendigkeit, die Satellitenländer der Sowjet-Union zu "befreien", wirkten hier - aber das gilt wohl für ganz Europa - als eine kalte Brause. Man beobachtete mit Sorge, wie er von dem hysterischen Verleumdungsfeldzug des Senators MacCarthy nicht abrücken wollte und wie er immer mehr in den Bannkreis der "alten republikanischen Garde" um Taft geriet. So kam

es, daß zuletzt alle fortschrittlichen Kreise des Landes innerlich Partei für Stevenson ergriffen hatten und einem möglichen Sieg des früheren NATO-Oberbefehlshabers mit größter Sorge entgegensehen - auch wenn sie es heute aus diplomatischen Gründen nicht wahrhaben wollen.

Denn ~~um was~~ geht es von jetzt an in der großen politischen Kraftprobe des nächsten Frühjahrs in Italien, die schon jetzt ihre Schatten vorauswirft? Es gilt, die Massen des Volkes davon zu überzeugen, daß der Friede in Europa nur durch eine solidarische Anstrengung gerettet werden kann, die mit schweren finanziellen und wirtschaftlichen Opfern verbunden ist. Es gilt, die heuchlerischen Friedensparolen der Kommunisten zu entlarven und die friedenssehnsüchtigen Millionen davon zu überzeugen, daß nicht der amerikanische, sondern der russische Imperialismus den Frieden gefährdet. In dem Maße, wie die amerikanische Politik auch nur den Schein der Aggressivität vermeidet und damit die Sowjet-Politik ins Unrecht setzt, wird diese Aufgabe gelingen.

Der Sieg Eisenhowers, der es für notwendig erklärte, zunächst die Satelliten Rußlands, also Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien und Bulgarien (und vielleicht gar die baltischen Länder und die Ukraine?) zu "befreien", ist daher für die kommunistische Propaganda ein wahres Himmelsgeschenk. Es kommt dabei gar nicht darauf an, wie man in Moskau wirklich über den amerikanischen Wahlausgang denkt. Vielleicht wird die Tatsache, daß im Weißen Haus nunmehr die schärfere Tonart überwiegen wird, im Kreml eine heilsame Wirkung auslösen und endlich zur Besinnung ermahnen. Aber das ist eine durchaus unsichere und noch recht weite Perspektive. In den nächsten Monaten wird jedenfalls ein Gefühl der Beklemmung die Völker Europas beherrschen, und das werden die Kommunisten mit der ihnen eigenen unübertrefflichen Demagogie ausnützen. Der italienische Wahlkampf wäre ohnedies hart genug gewesen. Er ist durch den amerikanischen Wahlausgang noch viel schwerer geworden.

+ + +

"Schwarz-weiß-rote" und "weiß-blaue" Wahlbündnisse

Von unserem Münchner K.T.-Korrespondenten

Angeichts der im nächsten Jahre fälligen Bundestagswahlen erhebt sich die Frage, ob Bayern wieder einmal mehr der Wegbereiter eines neuen Rechtsradikalismus wird. Der Versuch, die bestehenden politischen Parteien im neofaschistischen Sinne zu unterlaufen, besteht nicht nur in Bayern allein, aber was die jüngste Vergangenheit gerade in Bayern offenbart, läßt doch ein bedenkliches Licht auf die Bestrebungen gewisser Politiker fallen, die noch vor Jahresfrist jede rechtsradikale Tendenz mit Empörung zurückgewiesen haben.

Da gibt es in Bayern auch die Deutsche Partei, deren Landesgeschäftsführer immerhin der ehemalige Obersturmbannführer der SA, Dr. Gerhard Baumann ist. Zackig und preußisch-deutsch vom Scheitel bis zur Sohle, erklärte er auf einer Pressekonferenz, daß seine Partei bereit sei, mit allen rechtsgerichteten nichtmarxistischen Parteien in Bayern ein Wahlbündnis einzugehen, um über die SPD in Bayern zu siegen. Baumann vergaß nicht zu erwähnen, daß die Deutsche Partei in Bayern bereits über 23 Kreisverbände verfüge, verschwieg aber, daß diese 23 Kreisverbände nicht einmal über 100 Mitglieder verfügen. Die Deutsche Partei hat allein in den letzten fünf Monaten 12000 Mark an Agitationsgeldern in Bayern ausgegeben, obwohl sie nur rund 600 Mark Einnahmen an Mitgliedsbeiträgen einnehmen konnte. Wer die restlichen 11.400 Mark gezahlt hat, darüber konnte man nichts hören.

Wer die Verhältnisse kennt, müßte sich auch nicht an den kleinen Herrn Baumann wenden, sondern vielmehr an den persönlichen Referenten des Bundesverkehrsministers Seeböhm, Herrn Dr. Tusch oder an Herrn Dr. Mohr, den Finanzgewaltigen der Deutschen Partei in Bayern. Aber diese Herren schweigen über die edlen Spender der DP und haben auch allen Grund dazu.

Mit wem gedenkt die DP Wahlbündnisse einzugehen? Da gibt es die "Bayerische Heimat- und Königspartei", ein kleiner Ableger der Bayernpartei, deren weiß-blaues Abzeichen sich ganz gut mit der "schwarz-weiß-roten" Kokarde der Deutschen Partei ausmachen muß, denn wie bekannt wurde, hat Herr Bundesverkehrsminister Dr. Seeböhm am 6. August

mit Herrn Dr. Baumann und Herrn Dr. Mohr und einigen "Königstreuen" nicht über verkehrstechnische Fragen, sondern eben über ein zukünftiges Wahlbündnis gesprochen. Und Herr Dr. Baumgartner, ehemals Landesvorsitzender der Bayernpartei, hat vor kurzem geäußert, daß die Bayernpartei die Bayerische Heimat- und Königspartei in jeder Weise unterstützen werde. Auf daß sich der Ring schließe, sah sich Herr Bundesjustizminister Dr. Dehler in seiner Eigenschaft als Landesvorsitzender der FDP in Bayern gezwungen, ebenfalls zu erklären, daß die FDP in Bayern gern bereit ist, mit der Bayernpartei ein Wahlbündnis einzugehen, um eben jene marxistischen Parteien (es gibt nur eine in Bayern) im kommenden Wahlkampf zu schlagen.

Bereits 1923 standen das "schwarz-weiß-rot" der heutigen DP mit dem "weiß-blau" der bayerischen Separatisten auf den Tribünen bei der Abnahme einer Parade rechtsradikaler Wehrverbände. Was sich damals so gut bewährte, sollte sich heute doch auch wieder bewähren, meinen die bayerischen Apostel des Antimarxismus. Während einige Politiker der Bayernpartei, wie u.a. Bundestagsabgeordneter Dr. Etzel, bereit sind, sich sogar mit den Sowjet-Russen zu verbünden, um Bayerns Abtrennung zu erreichen, sind die anderen mit der gleichen Inbrunst bereit, ihre bayerisch-patriotischen Gefühle für "schwarz-weiß-rote" Interessen zu opfern. Das bayerische Volk dürfte einen dicken Strich durch alle diese Pläne machen. Das Beispiel, das Lindau gab, ist ein gutes Omen.

+ + +

#### Zum Tode Chaim Weizmanns

(sp) Es ist ein weiter Weg, der den nur verstorbenen Chaim Weizmann aus der Armut einer jüdischen Holzhändlerfamilie in Kotol (russisch Polen) zu dem Amt eines Staatspräsidenten des nach zweitausendjähriger Geschichtslosigkeit wiedererstandenen Israel führte. Als die Freiburger Universität um die Jahrhundertwende dem Kandidaten der Chemie den Doktorhut verlieh, ahnte wohl keiner von den Beteiligten die steile Laufbahn, die diesem an Kämpfen und Enttäuschungen so überreichen Leben beschieden war. Auch Weizmann selbst mag sich damals so verwegene Hoffnungen versagt haben, obwohl er bereits

überzeugter Zionist war.

Der junge Doktor der Chemie, schon damals eine Leuchte der Wissenschaft, hatte bald erkannt, daß die Proklamierung einer jüdischen Nationalstätte nur im Bunde und mit Hilfe des Auslands zu erreichen war. So ging er denn nicht nach Palästina, sondern wählte nach einigen Zwischenstationen Großbritannien zu seinem ständigen Aufenthaltsort. Im Jahre 1916 wurde er von der britischen Regierung in das Munitionsministerium berufen. Churchill nannte ihn seinen Freund und den großen jüdischen Staatsmann. Weizmanns Einfluß ist die berühmte Balfour-Deklaration zuzuschreiben, durch die sich England verpflichtete, die vom Zionismus geforderte Heimstätte in Palästina zu gewähren. Lloyd George bot ihm die höchsten Ehrungen, darunter auch einen Sitz im Oberhaus an. Weizmann verzichtete auf alles.

Als Präsident der Zionisten-Weltorganisation wußte er die Balfour-Deklaration in bare Münze umzusetzen. An die Stelle einer viertausendjährigen Tradition seiner Völker setzte er moderne Voraussetzungen in Palästina: Siedler, Bauern, Handwerker, Fabriken in Dörfern und Städten. Den Extremisten im eigenen Lager trat dieser vielseitige und weltgewandte Mann mit aller Schärfe entgegen.

Nach als Schwerkranker arbeitete Weizmann an seinen Forschungen, die es Israel und seiner Regierung ermöglichten, das Land nach wissenschaftlichen Methoden und Erkenntnissen zu erschließen. Der verstorbene Staatspräsident war sich stets bewußt, daß er Deutschland nicht allein die Grundlagen seines wissenschaftlichen Werkzeugs schuldete. Der große Verehrer Goethes dankte diesem die Devise seines Lebens: Was Du ererbt von Deinen Vätern, erwirb es, um es zu besitzen.

+ + +